

## **K 2** Klimaschutz ernst gemeint – Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit endlich schließen

Antragsteller\*in: Ingrid Nestle (KV Steinburg), LAG Energie  
Tagesordnungspunkt: Anträge  
Status: Zurückgezogen

### Antragstext

#### 1 **Klimaschutz ernst gemeint – Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit endlich** 2 **schließen**

3 Am 20. September diesen Jahres fanden weltweit die größten Klimademos aller  
4 Zeiten statt. Es war ein beeindruckendes und über die Maßen dringliches Zeichen,  
5 im Angesicht der Klimakrise wissenschaftliche Fakten endlich ernst zu nehmen und  
6 statt der Beschränkung auf warme Worte endlich angemessen zu handeln.

7 Es ist leider eindeutig: das von der Bundesregierung am 20. September vorgelegte  
8 Maßnahmenpaket leistet bei weitem nicht den erforderlichen Beitrag Deutschlands  
9 zur Erreichung der Klimaziele von Paris. Dieser Befund wird selbst von Beratern  
10 der Bundesregierung geteilt

11 Viel zu spät beginnt das Paket zu greifen. Der Einstiegspreis für CO<sub>2</sub> von 10  
12 Euro/t ist eher ein schlechter Witz als ein Steuerungselement. Der Einbau von  
13 fossilen Heizungen wird munter gefördert und weitere Ölheizungen neu eingebaut,  
14 bis 2026 ein auch schon wieder eingeschränktes Verbot greift. In den nächsten  
15 Jahren greifen lediglich ein paar Subventionen und neues Unheil für den  
16 Klimaschutz: mit der Festlegung des Mindestabstands von Windrädern zu Dörfern  
17 und ganz neu auch dorfähnlichen Strukturen, macht die Bundesregierung die  
18 Erreichung ihrer eigenen Erneuerbaren-Ziele unmöglich. Und sie weiß das, hat das  
19 Umweltbundesamt doch erst kürzlich genau darauf hingewiesen.

20 Dieser Mangel an erneuerbarem Strom unterminiert letztlich auch den Rest des  
21 Paketes, bei dem wirksame Maßnahmen zwar spät kommen, aber immerhin ein paar  
22 Toppelschritte mehr als früher aufgeschrieben sind. Ohne erneuerbaren Strom  
23 ergibt der Umstieg auf Elektromobilität keinen Sinn. Ohne erneuerbaren Strom  
24 wird die Umstellung der Heizungssysteme wieder bei fossilen Lösungen landen –  
25 genug Biomasse für Heizen in ganz Deutschland haben wir jedenfalls nicht. Und  
26 das energiesparende Dämmen von Häusern wird auch wieder vernachlässigt.

27 Aber nicht nur klimapolitisch, auch sozialpolitisch ist das Paket eine  
28 Unverschämtheit. Weil die Regierung sich nicht traut, klimaschädliche Strukturen  
29 kleiner zu machen, fallen in ihrem Paket alle Kosten für neue Infrastruktur  
30 extra an. Sie fördert Straße und Schiene, nicht Schiene statt Straße. Sie  
31 fördert ÖPNV und gleichzeitig in sehr viel größerem Maße zum Beispiel über das  
32 Diesel-Privileg die alten Verbrenner-Autos. Da ist es kein Wunder, dass kaum  
33 Geld bleibt für den sozialen Ausgleich. Gerade einmal um einen halben Cent will  
34 die Bundesregierung als Ausgleich für den CO<sub>2</sub>-Preis die EEG-Umlage senken. Und  
35 auch das erst in ein paar Jahren. Wir Grüne haben bei unserem Konzept des CO<sub>2</sub>-  
36 Preises hingegen immer darauf geachtet, dass die Einnahmen vollständig an die  
37 Bürger zurückgegeben werden. Und zwar so, dass im Schnitt die Bürger mit weniger

38 Geld in der Tasche profitieren. Unser CO<sub>2</sub>-Preis ist in erster Linie natürlich  
39 ein Klimaschutzinstrument, aber zugleich eine leichte Umverteilung von oben nach  
40 unten. Denn es ist weder notwendig noch wünschenswert, dass Klimaschutz das  
41 Leben der Ärmeren erschwert. Die Bundesregierung agiert hingegen sozial  
42 ungerecht: Mit der Erhöhung der Pendlerpauschale steigert sie nicht nur die  
43 umweltschädlichen Subventionen auf ein neues Rekordniveau, sie schüttet auch  
44 einen großen Batzen Geld mal wieder fast ausschließlich in die Taschen der  
45 Besserverdiener. Genau die finanzschwächere Hälfte der Bevölkerung profitiert  
46 nämlich kaum oder nicht von der Erhöhung, weil sie gar nicht genug Steuern  
47 zahlt, um in den Genuss der Pendlerpauschale zu kommen.

48 Wir begrüßen deshalb, dass die Landesregierung die festen Abstände der Windräder  
49 von 1000 Metern für Schleswig-Holstein ablehnt und das entsprechende Opt-Out  
50 nutzen wird. Wir fordern sie auf, bei ihren Gesprächen mit Vertretern anderer  
51 Bundesländer dafür zu werben, dass möglichst viele Länder dieser Initiative  
52 folgen. Außerdem bitten wir sie, sich in Gesprächen mit der Bundesregierung  
53 sowohl für eine Neujustierung der Klimaschutzmaßnahmen im Einklang mit dem  
54 Vertrag aus Paris als auch für eine sozial gerechte Lösung einzusetzen.

## Begründung

Erfolgt mündlich

## Unterstützer\*innen

Alexander Fischbach (KV Kiel); Hans-Jürgen Bethe (KV Pinneberg)